

Liberaler Migrations- und Einwanderungspolitik

Migration und Einwanderung sind Megathemen unserer Zeit. Gleichzeitig sind wir auf Fachkräfte-Einwanderung angewiesen, um unseren Wohlstand zu sichern. Wir wollen ein weltoffenes Deutschland, das seinen humanitären Verpflichtungen nachkommt und Einwanderung als Chance sieht. Breite gesellschaftliche Akzeptanz hierfür können wir nur mit geordneter Zuwanderung erreichen. Die Große Koalition hat bisher nur vage Ideen für ein Gesetz zur Fachkräftezuwanderung. Wir haben daher in einem Eckpunktepapier dargelegt, wie wir das gesamte Einwanderungsrecht neu ordnen wollen. Zudem müssen Menschen darauf vertrauen können, dass diese Regeln durchgesetzt werden.

Klare Regeln

Für uns ist das Grundrecht auf Asyl nicht verhandelbar. Eine Obergrenze ist damit unvereinbar. Für Kriegsflüchtlinge wollen wir einen besonderen Schutzstatus schaffen, der auf die Dauer des Krieges begrenzt ist. Er soll unbürokratisch gewährt werden und einen schnellen Zugang zum Arbeitsmarkt und zu Integrationskursen eröffnen. In der Regel sollen diese Flüchtlinge nach Kriegsende in ihre Heimat zurückkehren. Für gut integrierte Menschen, die bereits auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen konnten, keine Sozialleistungen beziehen, die deutsche Sprache sprechen und nicht straffällig geworden sind, wollen wir einen Spurwechsel ermöglichen: Ihnen sollen auch die Erwerbsmigration offenstehen, wenn sie die Voraussetzungen dafür erfüllen.

Familiennachzug

Die Aufnahmefähigkeit der Kommunen ist begrenzt. Schon jetzt kommen jedes Jahr über 100.000 Personen im Rahmen des Familiennachzugs nach Deutschland. Eine Begrenzung ist darum grundsätzlich richtig. Zur Lösung des Problems hat sich die Große Koalition jedoch auf eine willkürliche Obergrenze von 1.000 Personen pro Monat verständigt; wen dies betrifft, bleibt allerdings unklar. Nach unserem Gesetzentwurf soll der Familiennachzug immer dann erlaubt sein, wenn ein Härtefall vorliegt, der Lebensunterhalt gesichert ist oder derjenige, zu dem der Nachzug erfolgt, in Deutschland bereits gut integriert ist.

Rückführungen

Eine große Herausforderung ist die Rückführung von Personen, die in Deutschland keinen Schutz erhalten. Wir wollen schnellere Asylverfahren, indem wir Marokko, Algerien und Tunesien zu sicheren Herkunftsstaaten erklären. Das ist bisher an den Grünen im Bundesrat gescheitert. Wir haben hierzu einen neuen Gesetzentwurf vorgelegt. Dabei ist Schutz im Einzelfall auch bei sicheren Herkunftsstaaten nicht ausgeschlossen und muss bei besonders gefährdeten

Gruppen (z.B. LGBTIQ) genau geprüft werden. Zudem setzen wir uns für Zentrale Unterbringungseinrichtungen ein, in denen die Schutzsuchenden bis zu einer Entscheidung bleiben. Dort sollen Sprach- und Integrationskurse stattfinden und Kinder unterrichtet werden. Wer keinen Schutzstatus erhält, soll von diesen Zentren direkt in seine Heimat zurückgeführt werden. Dabei müssen wir außenpolitische Hebel nutzen, um Rückführungsabkommen durchzusetzen. Generell wollen wir den Bund bei Rückführungen stärker in die Verantwortung nehmen.

Europäische Lösungen

Den Umgang mit Migration können wir nur auf europäischer Ebene lösen. Wir müssen die Außengrenzen der EU besser schützen und dafür die Grenzschutzagentur Frontex zu einem echten europäischen Grenzschutz mit ausreichend Personal und Ausrüstung ausbauen. Vor allem brauchen wir eine faire Verteilung der Flüchtlinge in Europa und eine Reform des Dublin III-Systems. Dabei muss gelten: Staaten, die Flüchtlinge nicht entsprechend ihrer Quote aufnehmen, müssen eine Ausgleichszahlung leisten.

Erwerbsmigration

Deutschland ist auf qualifizierte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt angewiesen. Wir wollen dazu die Blue Card auf alle Arbeitnehmer ausweiten, die einen Arbeitsvertrag in Deutschland zu marktüblichen, branchentypischen Bedingungen abgeschlossen haben und ihren Lebensunterhalt damit dauerhaft bestreiten können. Daneben brauchen wir eine Chancenkarte, die nach einem Punktesystem vergeben wird. Dabei sollen u.a. Qualifikation, Alter und Sprachkenntnisse eine Rolle spielen. Die Chancenkarte erlaubt es, auch ohne Job hierher zu kommen, um diesen vor Ort zu suchen. Wer als Flüchtling anerkannt ist oder über die gesteuerte Fachkräfte-Einwanderung nach Deutschland kommen möchte, muss schneller erfahren, was sein Abschluss hier zählt.

Integration

Wer unsere Rechtsordnung akzeptiert und sein Leben selbst in die Hand nimmt, soll in unserem Land auch seinen Platz finden können. Wir setzen uns daher für großzügigere Bleiberechtsregelungen ein. Es ist weder humanitär vertretbar noch volkswirtschaftlich sinnvoll, gut integrierte Ausländer und ihre Familien abzuschieben. Ergebnis gelungener Integration ist die Einbürgerung. Doppelte Staatsangehörigkeit ist dabei für uns kein Hindernis, sondern trägt den Wurzeln der Einwanderer Rechnung. Die Enkelgeneration von Eingebürgerten, die nicht aus der EU stammen, sollen sich jedoch grundsätzlich für eine Staatsangehörigkeit entscheiden müssen.